

Personalrat

an der KZ-Gedenkstätte Dachau

Alte Römerstr. 75 • 85221 Dachau

Dachau, 03.03.2021

Pressemitteilung / Statement

Auf Grund der in den Medien von verschiedenen Personen verbreiteten Informationen, die aus Sicht der Beschäftigten der KZ-Gedenkstätte und des Personalrates nichtzutreffend sind, möchte der Personalrat der KZ-Gedenkstätte Dachau seinerseits Stellung nehmen:

Im Deutschlandfunk-Kultur vom 26.02.2021 (u. a.) wird der Streit um die Stellenbesetzung lediglich auf einen „Machtkampf zwischen Direktor Freller (Stiftung Bayrische Gedenkstätten) und der Gedenkstättenleiterin Frau Dr. Hammermann“ reduziert. **Dies ist nicht zutreffend.** Es besteht auch ein Konflikt zwischen dem Personalrat und dem Direktor Stiftung Bayrische Gedenkstätten, da der Personalrat nicht ausreichend in das Verfahren einbezogen wurde. Die Bedenken des Personalrates gegen den Abbruch des laufenden Bewerbungsverfahrens wurden nicht berücksichtigt. Eine Umsetzungsverfügung des Direktors erging ohne Absprache und gegen den ausdrücklichen Wunsch des Personalrates, der darum gebeten hatte, mit einer entsprechenden Verfügung zu warten, bis eine Prüfung der Sach- und Rechtslage erfolgt ist.

In mehreren Presseberichten und Interviews wird darauf hingewiesen, dass alle Beteiligten die eingegangenen Bewerbungen als unzureichend beurteilten. **Diese Auffassung teilt der Personalrat in keiner Weise.** Tatsächlich wurden von der Gedenkstättenleitung mehrere Bewerber*innen für Vorstellungsgespräche vorgemerkt. Von Seiten der Stiftung wurde die Verschiebung der anstehenden Bewerbungsgespräche mit der pandemischen Lage begründet und nicht mit einer angeblichen Unzufriedenheit mit der Qualität der Bewerber*innen.

Hinsichtlich der Anforderungen an die Leitung der pädagogischen Abteilung verweisen wir auf die öffentliche Stellenausschreibung. Der Personalrat stellt fest, dass der von Herrn Direktor Freller genannte persönliche Hintergrund von Frau Dr. Tesar (u. a. Nachkomme von Holocaust-Opfern) in dem betreffenden Tätigkeitsbereich nützlich sein kann, aber nicht Teil der Stellenbeschreibung ist. Wir vermissen hier den Hinweis Herrn Direktor Frellers auf die Qualifikationen, die in Abstimmung mit der Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau als unabdingbar erachtet wurden und deshalb zentraler Bestandteil der Stellenausschreibung wurden. Ein Bewerbungsverfahren für eine Stelle im Öffentlichen Dienst muss den geltenden Vorschriften entsprechen und daher muss die Stellenausschreibung den Rahmen vorgeben, den eine Bewerbung zu erfüllen hat. Wir sind zutiefst irritiert, dass in diesem Fall die Anforderungen, die in der Ausschreibung formuliert wurden, bei der Besetzung der Stelle keine Rolle mehr gespielt haben.

In verschiedenen Medienberichten verweist Herr Direktor Freller auf einen **Stiftungsratsbeschluss** aus dem Jahr 2019 hin, wonach die 2. und 3. Generation der Opfer des NS in der Erinnerungspolitik Vorrang haben sollten. Nach unserem Kenntnisstand wurde dieser Beschluss in Hinsicht **auf die Arbeit und Gremien im Stiftungsrat** gefasst, was jedoch nicht auf die Arbeit an den Gedenkstätten übertragen werden kann und darf. **Das ist aus Sicht des Personalrates unzulässig.** Dass Menschen, die keine Verfolgten in der Familie haben, somit für eine Führungsposition in der Bildungsarbeit einer Gedenkstätte, weniger geeignet sein sollen, entwertet die jahrelange, fundierte und wissenschaftliche Arbeit der Menschen, die sich engagiert in der Gedenkstätte Dachau einbringen.

Darüber hinaus gibt es erhebliche juristische Zweifel daran, dass es sich hier nicht um eine **mitbestimmungspflichtige Beförderung** im Sinne des Öffentlichen Dienstrechts handelt. Die Voraussetzungen einer Beförderung liegen nicht nur dann vor, wenn ein höheres Gehalt bezahlt wird, sondern auch, wenn mit den neuen Aufgaben ein höheres Ansehen, eine größere Personalverantwortung, ein größerer Einfluss auf die Vorgänge in der Dienststelle und eine höhere soziale Stellung verbunden ist. Genau diese Faktoren sind unserer Ansicht nach mit dem Wechsel auf die Stelle der Leitung der pädagogischen Abteilung gegeben. Daher sind die Mitbestimmungsrechte des Personalrats in rechtswidriger Weise nicht berücksichtigt worden, da die Besetzung der Stelle durch Frau Dr. Tesar eine Beförderung (und keine Umsetzung) darstellt.

Im Zeitungsbericht der Nürnberger Nachrichten vom 27.02.2021 wird berichtet, dass „ein **vergiftetes Klima**“ an der Gedenkstätte herrsche. **Das können wir nicht bestätigen.** Allenfalls ist durch die nunmehr bekannte Vergabepaxis der Stiftung eine bisher nicht bekannte Unruhe entstanden. Die Mitarbeiter*innen der Gedenkstätte leisten gemeinsam und mit großem Engagement einen wesentlichen und wichtigen Beitrag zur Erinnerung an die Opfer der NS-Herrschaft – angesichts der schwierigen gesellschaftlichen und politischen Situation mit herausragendem Erfolg, gerade auch in den digitalen Medien. Dieser Erfolg ist nur durch einen besonders großen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt möglich.

Gerade haben sich über 2/3 der Belegschaft für ein ordentliches Bewerbungsverfahren und gegen den Umsetzungsbeschluss ausgesprochen. Dadurch wurde auch das große Bedauern ausgedrückt, dass Herrn Freller – wie er selbst erklärt hat – sich nicht für die Meinung des Personalrats und damit auch der Mehrheit der Beschäftigten interessiert. Dies steht im eindeutigen Widerspruch zu unseren demokratischen Werten und macht deutlich, dass die Wertschätzung der Mitarbeiter*innen in der Stiftung nicht von jedem mitgetragen wird.

Abschließendes Statement:

In der Stellenvergabe „Leitung Bildungsabteilung“ kann nach Ansicht des Personalrats *nur durch eine Neuausschreibung in einem „ordentlichen Bewerbungsverfahren“* das beschädigte Vertrauen in die Stiftungsleitung und in die Entscheidungen über die Besetzungen von Stellen an der Gedenkstätte wieder hergestellt werden.

Der Personalrat war und ist weiterhin zu ergebnisoffenen und konstruktiven Gesprächen bereit.

Dachau, 03.03.2021

Personalrat an der KZ-Gedenkstätte Dachau

Guido Hassel (Vorsitzender) Markus Göttfert (stellvtr. Vorsitzender) Maximilian Lüttgens

Antje Roser

Nina Schiffner (Vertreterin)